Anlage 2 zur DS 84-18

Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Delitzsch zur DS Nr. 37-18

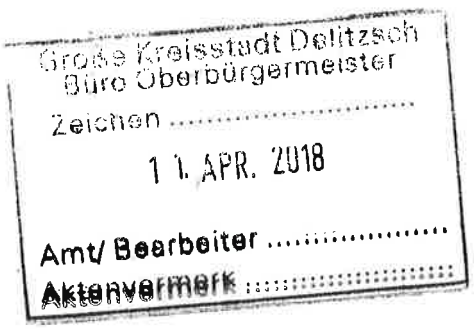
Der vorliegende Beschlussantrag der Verwaltung wird durch folgende Formulierung ersetzt:

Der Stadtrat beschließt, die seitens der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) im Rahmen des Verwaltungsabkommens zur Braunkohlesanierung für die Gefahrenabwehr infolge des Grundwasseranstieges in Aussicht gestellten finanziellen Mittel zur Sanierung des Freibades zu verwenden.

Begründung zum Beschlussantrag:

Mit Drucksache-Nr. 144-17 *„Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer touristischen Freizeiteinrichtung mit multifunktionalem Charakter am Standort Sachsenstraße/Stadt Delitzsch“* beschloss der Stadtrat im Oktober 2017 unter Beschlusspunkt 2, dass das Freibad in der Elbritzstraße solange betrieben wird, bis das Vorhaben Hallenbadneubau in Delitzsch Nord umgesetzt ist und **die bis dahin notwendigen Instandhaltungs- und Reparaturaufwendungen noch wirtschaftlich vertretbar sind**.

Im Rahmen der dem Beschluss vorausgehenden Diskussionen wies die Verwaltungsspitze wiederkehrend darauf hin, dass aufgrund der aktuellen Grundwassersituation ggf. mit größeren Schäden und einer Schließung des Badebereiches gerechnet werden müsse. Die Stadtratsfraktion der Freien Wählergemeinschaft begrüßt daher das Anerkenntnis der LMBV, für die angezeigten Schäden aufkommen zu wollen und beantragt, die in Aussicht gestellten Mittel auch zweckbestimmt zu verwenden. Ein Hallenneubau wird nach Aussage der Verwaltung noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Wir als Stadträte dürfen nicht riskieren, dass während der Planungs- bzw. Bauphase der neuen Einrichtung eine Situation eintritt, die dazu führt, dass den Delitzscher Bürgern im Stadtgebiet gar keine Bademöglichkeit in den Sommermonaten mehr zur Verfügung steht. In Verantwortung für unsere Stadt und ihre Bürger wird daher beantragt, die angedienten Mittel der LMBV zweckbestimmt zu verwenden.

Uwe Bernhardt

Fraktionsvorsitzender FWG